

**Britischer Abschiebeflug nach Ruanda gestoppt**

LONDON. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Abschiebung von mehreren Migranten aus Großbritannien nach Ruanda gestoppt. Die britische Innenministerin Priti Patel (Konservative) zeigte sich der BBC gegenüber „enttäuscht“ über den Schritt, stellte aber gleichzeitig klar: „Die Vorbereitungen für den nächsten Flug laufen bereits.“ Arbeitsministerin Thérèse Coffey (Konservative) kündigte unterdessen im Fernsehsender Sky News an, die Regierung in London werde das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs anfechten. Zuvor hatte Premierminister Boris Johnson (Konservative) damit gedroht, Großbritannien könne, wenn nötig, auch aus der Europäischen Menschenrechtskonvention aussteigen. Das mutmaßlich vom englischen Salisbury aus startende Flugzeug sollte bis zu sieben Migranten in den ostafrikanischen Staat ausfliegen und wurde laut dem *Guardian* nur wenige Minuten vor dem Abflug aufgehalten. Das Vereinigte Königreich hatte sich mit Ruanda in einem Abkommen darauf geeinigt, illegal eingereiste Flüchtlinge von der Insel gegen Hilfszahlungen in Höhe von 120 Millionen Pfund (etwa 140 Millionen Euro) nach Afrika auszufliegen. Dort soll das Asylverfahren dann weiter fortgesetzt werden. Die oppositionelle Unterhaus-Abgeordnete Yvette Cooper kommentierte den Vorgang empört. Die Regierung könne niemandem für das Scheitern der Abschiebung verantwortlich machen außer sich selbst. „Minister verfolgen eine Politik, von der sie wissen, daß sie weder umsetzbar ist noch kriminelle Gangs bekämpft. Stattdessen zahlen wir 120 Millionen Pfund an Ruanda und chartern ein Flugzeug, das dann nicht abhebt“, unterstrich die Labour-Politikerin. (fw)

**Konservative erringen Wahlsieg in Andalusien**

SEVILLA. Die konservative Partido Popular (PP) hat bei den Regionalwahlen in Andalusien die absolute Mehrheit errungen. Sie landete mit insgesamt 43 Prozent der Wählerstimmen vor den Sozialisten, die 24 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten. Die nationalkonservative Vox erreichte mit 13 Prozent den dritten Platz. „Das ist eine Wende. Wir haben einen großen Zuspruch von sozialistischen Wählern bekommen“, bilanzierte PP-Spitzenkandidat Juan Manuel Moreno laut der spanischen Tageszeitung *El País* das Votum. Die Sozialisten (PSOE) lehnten es unterdessen ab, vom andalusischen Wahlergebnis auf die gesamte Nation zu schließen. „Die Regierung ist stark und wird bis zum Ende der Legislaturperiode fortgesetzt“, versicherte Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez. Der PSOE-Kandidat Juan Espadas hatte weniger Stimmen bekommen als je ein Parteifreund vor ihm. Die Partei Vox bezeichnete den Wahlausgang ihrerseits als Rückschlag. „Wir werden prüfen müssen, ob während des Wahlkampfes Fehler gemacht wurden und wie wir uns verbessern können“, teilte sie nach Bekanntwerden der ersten Ergebnisse mit. Wegen des starken Abschneidens der Partido Popular sind die Konservativen nun nicht mehr auf die Stimmen von Vox im Regionalparlament von Sevilla angewiesen. Die größten Verluste indes hatte die liberale Partei Ciudadanos zu verzeichnen, die um etwa 15 Prozentpunkte einbrach und somit aus dem Parlament flog. Nach den Wahlen im Jahr 2018 bildete die PP zusammen mit Ciudadanos und Vox eine Minderheitsregierung. (fw)

# Der irische Knoten

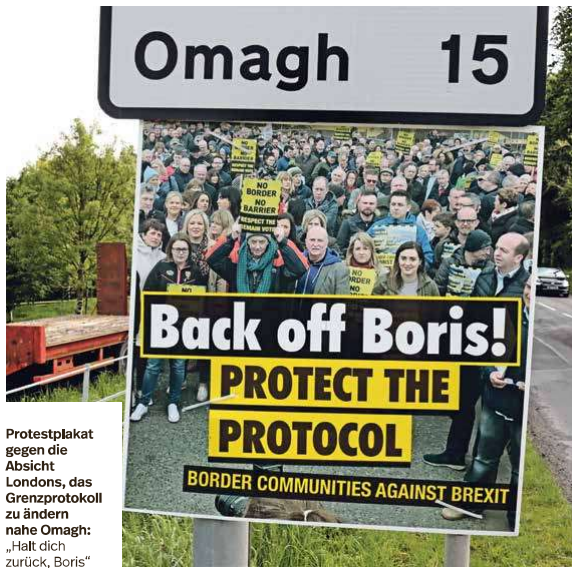
**Nordirland: Nach der Regionalwahl ringt die britische Provinz um die Zukunft ihrer Grenze zur EU**

DANIEL KÖRTEL, ARMAGH

Die nahe der Grenze zur Republik Irland gelegene nordirische Kleinstadt Armagh ist das religiöse Zentrum der großen Kirchen Irlands. Auf einem Hügel befindet sich die St. Patrick's Cathedral, ein mittelalterlicher Kirchenbau, der auf der ersten, 445 n. Chr. von dem Inselmissionar St. Patrick errichteten Steinkirche gründet und der der anglikanischen Church of Ireland untersteht. Der Nordirland-Konflikt ging nicht spurlos an ihr vorüber: 1957 zerstörte eine nahe gelegene Bombenexplosion der IRA sämtliche Kirchenfenster ihrer Südseite. Ihr gegenüber steht in Sichtweite auf einem Nachbarhügel die ebenfalls nach Patrick benannte, wesentlich imposanter nach gotischem Vorbild im 19. Jahrhundert erbaute katholische Kathedrale. Die Bedeutung Armaghs für die Kirchen Irlands wird noch zusätzlich als Sitz ihrer jeweiligen Oberhäupter unterstrichen. William, der nicht mit seinem echten Namen zitiert werden will, arbeitet für eine der beiden Kirchen. Die Beziehungen zwischen beiden Konfessionen seien ausgezeichnet. Nur auf politischer Ebene seien Differenzen vorhanden, über die man aber im Alltag nicht spreche. Die Stadt sei hauptsächlich nationalistisch, also pro-irisch, eingestellt, während das Umland – vor allem die Landwirte – loyalistisch zur Union mit Großbritannien stehe.

**Kaum noch Vertrauen in Londons Nordirlandpolitik**

Auch fast zwei Jahre nach dem Brexit herrsche Ratlosigkeit, wie sich der künftige, noch unstrittene Status der Provinz Nordirland im Verhältnis zur EU gestalten soll. Die Folgen seien bereits im Alltag angekommen, vor allem durch die Liefereschwierigkeiten bei medizinischen Produkten, die durch die Güterverkehrskontrolle durch die Irische See im Hafen zurückgehalten werden. Dennoch, eine harte Grenze als Zukunft Nordirlands mag William sich nicht vorstellen. Auch eine Wiedervereinigung mit dem Süden hält er für unrealistisch, da die Nordiren kaum die Vorteile des kostenlosen NHS (National Health Service), des staatlichen Gesundheitsdienstes, aufgeben wollten. Jedoch: „Brexit ist a mess – der Brexit ist ein Chaos“, bringt William seine Frustration auf den Punkt. Als die britischen Wähler im Juni 2016 in einem knappen Referendum den Brexit beschlossen, „entzündeten sie eine massive existentielle Explosion innerhalb der schon brennenden politischen Atmosphäre in Nordirland“. Die sich in den folgenden Jahren daraus ergebende Dynamik droht teilweise sogar ihre Urheber zu verschlingen: Nordirlands führende Unionistenpartei DUP (Democratic Unionist Party) hoffte im Brexit die Bindung an Großbritannien zu verstärken. Doch in der nordirischen Regionalwahl vom vergangenen Mai verdrängten die Wähler sie mit einem historischen Machtverlust von der Spitze. An führender Stelle könnte künftig stattdessen, etwas mehr als 100 Jahre nach der politischen Trennung Irlands, mit Michelle O'Neill erstmals ein Premierminister bekommen, der von der Sinn Féin (SF) gestellt wird, dem früheren politischen Arm der irisch-nationalistischen Untergrundbewegung IRA. Allein, die notwendige Voraussetzung – der Eintritt der DUP in die von dem Karfreitagsabkommen von 1998 vorgegebene Allparteienregierung – ist nach wie vor nicht



Protestplakat gegen die Absicht Londons, das Grenzprotokoll zu ändern nahe Omagh: „Halt dich zurück, Boris“

gegeben. Der Grund hierfür ist die offene Frage, wie das Backstop-Protokoll im Austrittsabkommen zwischen Großbritannien und der EU im Sinne der Unionisten gelöst werden soll. Das Protokoll regelt die Einfuhr von Gütern von Nordirland in die Irische Republik. Um hier eine harte Grenze mit Kontrollpunkten zu vermeiden und Nordirland im EU-Binnenmarkt zu halten, ist die Einfuhrkontrolle in Ost-West-Richtung in die Irische See verlegt worden. Doch dies bedeutet einen hohen administrativen Aufwand, so daß als eine Folge dieser Segrenze der Güterverkehr von der Republik nach Nordirland dramatisch zugenommen hat, um diesen Beschränkungen zu entgegen. Für die Unionisten ist diese Segrenze eine für sie unerträgliche Unterminierung des Status Nordirlands innerhalb des Vereinigten Königreichs. Die SF-Nationalisten wiederum weisen darauf hin, daß beim Brexit-Referendum der Wählerwille in Nordirland sich mit deutlicher Mehrheit für

**Die Britischen Inseln**

Von Grenzstreitigkeiten geprägt



einen Verbleib in der EU entschieden hat. Die alten Befürchtungen werden wieder wach, wonach Irland letztendlich in entscheidenden Dingen von England aus fremdbestimmt wird. Doch die Angst vor der Wiedereinführung der harten Grenze weist jenseits aller Formalien auch auf ein tiefzitendes psychologisches Element hin. Über Jahrzehnte war die innerirische Grenze auch ein Identitätsmarker, der Briten und Iren voneinander schied. Auf britischer Seite war sie zudem stark militärisch ausgebaut. „Der Brexit war eher eine Trauma-Erfahrung als eine Debatte über Handelsregeln und Zölle“, so der Politikwissenschaftler Feargal Cochrane. „Wie auch immer, es weist wenig darauf hin, daß die britische Regierung um diesen Aspekt wußte beziehungsweise sich darum scherte, wie sich ihre Verhandlungen auf das Leben der Menschen auswirken würden.“ Unterdessen hat in der vergangenen Woche die britische Regierung ihr Gesetzesvorhaben zur Änderung des Protokolls vorgestellt. Das Gesetz, das nicht der Zustimmung der nordirischen Regionalversammlung bedarf, soll den Güterverkehr nach Nordirland in zwei Linien differenzieren. Eine grüne, über die mit geringem Aufwand ausschließlich für die britischen Binnenmarkt bestimmte Waren, und eine rote, über die weitere Waren in die Republik Irland laufen sollen. Ebenso soll durch das Gesetz das nordirische Gewerbe von den gleichen Steuererleichterungen profitieren können wie der Rest in Großbritannien, was durch die EU-Regulieren derzeit ausgeschlossen ist. Erwartungsgemäß haben Dublin und Brüssel gegen das Vorhaben vehement protestiert. William in Armagh wiederum setzt wenig Vertrauen in die Verhandlungsführung des innerparteilich geschwächten Premiers Johnson, den er für schlimmer hält als seine inzwischen legendäre Amtsvorgängerin Margaret Thatcher. Bei ihr hätte man wenigstens gewußt, woran man war. Doch Johnson wisse wahrscheinlich selber nicht, was er wolle. So vieles die Unionisten und die Nationalisten trennt, so ist ihnen eines gemeinsam: die historische Erfahrung der begrenzten Vertrauenswürdigkeit britischer Regierungen. „Wenn du einem britischen Politiker die Hand gibst, zähl hinterher deine Finger“, so sagt man in Nordirland.

**Grüße aus ... Istanbul**



**Vorzügliche Lage**

Von Stefan Michels

Touristen drängen sich an der Balustrade, Kameraobjektive stutzen, die schiere Wucht des Ausblicks vom mittelalterlichen Galaturnum läßt niemandem unberührt. In der goldenen Nachmittagssonne eröffnet sich ein grandioses Panorama auf Konstantinopel (Istanbul), die einzige Stadt, die sich über zwei Kontinenten erstreckt. Man versteht beim Anblick des Bosporus sofort, diese Stadt ist das Produkt ihrer einzigartigen geographischen Lage zwischen Meer und Land, ein Dreikreuz in alle Himmelsrichtungen. So offensichtlich ist die vorzügliche Lage der Halbinsel, auf der die Altstadt gegründet wurde, daß schon das Orakel von Delphi die Einwohner von Chalcedon, einer älteren Polis auf der asiatischen Seite, abschätzte eine Ansammlung von Blinden nannte.

**Schnell gerate ich in das Kreuzfeuer der Gebetsaufrufe der Hagia Sophia und der Blauen Moschee.**

Vierzehn Jahre liegt mein letzter Besuch zurück, und die Stadt scheint inzwischen aus allen Nähten zu platzen. Am Marmarameer reicht der Blick auf den asiatischen Teil – er soll der bevölkerungsreichere sein – bis fast an den Horizont. Hunderttausende Zuzügler aus dem anatolischen Hinterland muß die Megametropole Jahr für Jahr absorbieren. Islamisch-konservativ in ihrer Grundausrichtung spielten sie eine Schlüsselrolle im politischen Aufstieg von Recep T. Erdoğan, der als Istanbul Bürgermeister seine Karriere begann. Mit einem Moschee-Bauprogramm an strategischen Stellen der Stadt versuchten seine Epigonen den Sieg der Dorröffmigkeit über das kosmopolitische Erbe Konstantinopels abzusichern. Dennoch verbläht sein Schatten. Seit Juni 2019 regiert Ekrem İmamoğlu von der kemalistischen CHP Istanbul – und der 52jährige wird als möglicher Herausforderer Erdoğan's gehandelt. Am ersten Mittag gerate ich prompt in das Kreuzfeuer der sich einander abblenden Gebetsaufrufe von Hagia Sophia und Blauer Moschee. Erstere, die bedeutendste Kirche der orthodoxen Christenheit, wurde erst vorletztes Jahr nach beinahe einem Jahrhundert Existenz als Museum wieder in eine Moschee umgewandelt. Im Innenbereich unverändert, hängt jetzt eine große Leuchtschrift mit dem islamischen Glaubensbekenntnis zwischen den Minaretten, während an anderen Moscheen der Eroberung 1453 mit Stolz geschaut wird. Jenseits des Goldenen Horns bildet das Galata-Viertel den Rückzugsort der westlich orientierten, kemalistischen Türker. Auf einem Techno-Festival hämmern Bässe die steilen Gassen zum Wasser hinunter. Verschleierte Frauen wie auch mit bauchlosen Tops bekleidete schlendern vorbei – häufig in gemischten Gruppen, die verraten, wie sehr Modernisierung und islamische Reaktion quer durch Familie und Freundeskreis laufen. Daß beides nicht zwangsläufig ins Abscheit führt, zeigen die zahlreichen Verbesserungen der urbanen Infrastruktur.

## Die JF – überall dabei

**Ihre Vorteile mit dem Online-Plus-Abo:**

- ✓ Zugriff auf die neue JF schon ab Mittwoch abend
- ✓ Archiv mit allen JF-Ausgaben als PDF ab 2008
- ✓ Mobil überall und jederzeit die JF lesen
- ✓ Über die JF-App auch mit Reader-Funktion lesbar

**Online-Plus-Abo**

JF

Demokratie braucht Meinungsfreiheit

Foto: Adobe Stock, Aleksandr

Jetzt freischalten: [jf.de/online-plus](https://jf.de/online-plus)